

# BRIEF AUS BERLIN

03/2024

Liebe Leserinnen und Leser,

der Monat März hat im politischen Berlin erneut Themen zur Diskussion gebracht, die bereits im Vormonat im Bundestag behandelt worden waren. Sowohl das Vermittlungsergebnis zum Wachstumschancengesetz wie auch die geplante Cannabis-Legalisierung hatten noch die finale Hürde im Bundesrat zu nehmen. Am 22. März kam nun die Länderkammer zusammen, um darüber zu entscheiden. In seiner Sitzung hat der Bundesrat dem Kompromissvorschlag zum Wachstumschancengesetz zugestimmt und damit den Weg für das Entlastungspaket in Höhe von 3,2 Milliarden Euro freigemacht. Gleichzeitig konnte die Union eine Protokollerklärung erwirken, in der sich die Bundesregierung zu einer Reihe von Maßnahmen zur Entlastung der Landwirtschaft bekennt.

Trotz massiver Kritik von einigen Landesregierungen hat der Bundesrat außerdem die von der Ampel geplante Cannabis-Legalisierung gebilligt. Bayern hatte bis zuletzt auf die Anrufung eines Vermittlungsausschusses gepocht und bereits eine restriktive Auslegung der neuen Regelungen angekündigt.

Darüber hinaus hat die Unionsfraktion auch die beiden Sitzungswochen im März wieder aktiv dazu genutzt, sich gegen den Abwärts-Trend der Ampel zu stemmen. So haben wir viele dringend notwendige Anträge in den Bundestag eingebracht, um Deutschlands derzeitigen Herausforderungen mit Entschlossenheit zu begegnen. Eine Auswahl davon habe ich auf den kommenden Seiten kurz und knapp zusammengefasst.

Herzlichst,

Euer



2



**#THEMEN IM  
BUNDESTAG**

4



**#RAINER  
TRIFFT**

# THEMEN IM BUNDESTAG

## Union legt Gesetzentwurf zur Einführung der Bezahlkarte vor



Obwohl der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 angekündigt hat, die Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber zu schaffen, herrscht bisher politischer Stillstand. Trotz der Einigung, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz weiter einzuschränken, hat die Bundesregierung bisher keinen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Die CDU/CSU-Fraktion wird diese Tatenlosigkeit im Bereich der Migrationspolitik nicht länger hinnehmen und hat nun einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Dieser wurde im Anschluss an die Aussprache zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

## Ampel stimmt gegen Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen



Deutschland ist in einer Wohnungsbaukrise: Die Baugenehmigungszahlen brechen ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Um diesem Trend entgegenzuwirken, hat die Unionsfraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der jedoch mit den Stimmen der Ampel und Linken abgelehnt wurde. Damit hat die Bundesregierung eine Chance verpasst, wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen zu ergreifen. Wir fordern deshalb weiterhin, zum Beispiel eine Sonderabschreibung für den sozialen Wohnungsbau einzuführen sowie den Neubau von selbstgenutztem Wohneigentum steuerlich zu fördern. Außerdem verlangen wir von der Bundesregierung, dass bis Ende 2027 keine neuen Vorschriften erlassen werden dürfen, die das Bauen unnötig verteuern oder verlangsamen.

# THEMEN IM BUNDESTAG

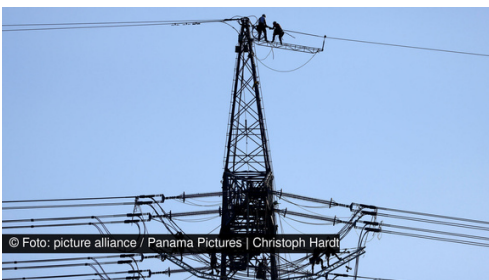
## Antrag zur Sicherung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit eingebracht



Deutschland braucht für eine glaubhafte Abschreckung und wirksame Bündnis- und Landesverteidigung eine wettbewerbsfähige nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Dazu haben wir als Unionsfraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der zur weiteren Beratung an den federführenden Verteidigungsausschuss überwiesen wurde. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Strategiepapier zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland zu aktualisieren. Wichtig ist für uns unter anderem die Einstufung der Verteidigungs- und Rüstungsindustrie als national unverzichtbare Schlüsseltechnologie, eine transparente und effiziente Ausfuhrkontrolle und vereinfachte Verfahren beim Beschaffungsprozess der Bundeswehr.

---

## Energiepolitik der Ampel gefährdet sichere und bezahlbare Stromversorgung



Zu langsam, zu unsicher, zu teuer: Der Bundesrechnungshof stellt der Bundesregierung beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie steuerbarer Kraftwerksleistung ein verheerendes Zeugnis aus. Als Unionsfraktion haben wir deshalb eine Aktuelle Stunde aufgerufen und die Bundesregierung zu einer grundlegenden Neuausrichtung ihrer Energiepolitik aufgefordert. Um die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, müssen jetzt pragmatisch und effizient alle Energiepotenziale genutzt werden. Nicht nur die Vereinfachungen für die Photovoltaik müssen endlich kommen, sondern auch die längst angekündigten Strategien für Bioenergie, Geothermie und Energiespeicher. Außerdem sollten beim Netzausbau für neue Vorhaben schnellere und günstigere Überlandleitungen geprüft werden.

# RAINER TRIFFT

## ... ukrainische Finanzexperten



Zusammen mit weiteren Mitgliedern des Finanzausschusses habe ich mich mit einer Ukraine-Delegation über die Wirksamkeit der Sanktionen gegenüber Russland unterhalten. Ein wichtiges Treffen!

## ... Judith Weinberger-Singh



Ich habe mich sehr über den Besuch der ehemaligen Leiterin der Kreisentwicklung im LK Regen gefreut. Für ihre neue Station als Leiterin der Hanns-Seidel-Büros in Indien wünsche ich Frau Weinberger-Singh alles Gute!

## ... Hubertus und Thomas Bader



Gemeinsam mit den Unternehmern Hubertus Bader aus Straubing und seinem Bruder Thomas habe ich den Kongress „Wertschöpfung in Kreisläufen“ der CDU/CSU-Fraktion besucht. Danke für den anregenden Austausch!

# Für Sie erreichbar

**CSU**

## Berliner Büro



Platz der Republik 1, 11011 Berlin



[alois.rainer@bundestag.de](mailto:alois.rainer@bundestag.de)



030 / 227 77420



## Wahlkreisbüro



Schulstraße 1, 94353 Haibach



[alois.rainer.wk@bundestag.de](mailto:alois.rainer.wk@bundestag.de)



09963 / 943 9494